

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

**Abteilungen
Europapolitik /
Wirtschafts-, Finanz- und
Steuerpolitik**

**Erklärung
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**Die Lehren aus der Krise ziehen:
Der Wirtschafts- und Währungsunion
endlich eine gleichrangige und wirk-
same soziale und demokratische
Dimension geben!**

Juni 2013



Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Lehren aus der Krise ziehen: Der Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben!“

Die europäische Krisenbewältigung, die immer noch vorrangig auf Austeritätspolitik ausgerichtet ist, funktioniert nicht. Inzwischen ist nicht mehr zu übersehen, dass die ökonomischen, sozialen wie politischen Kosten dieser Form der Krisenbewältigung enorm sind. Ein radikaler Politikwechsel ist nötig, um Europa wieder auf einen stabilen Kurs zu bringen. Ein solides und nachhaltiges Europäisches Wachstumsprogramm ist überfällig, der DGB hat dazu einen Vorschlag („Marshallplan für Europa“) in die Debatte eingebracht.

Das Vertrauen der Menschen in die europäische Politik und die EU-Institutionen ist gestört und muss wieder gewonnen werden. Dafür braucht Europa eine gerechte und vor allem die sozialen Rechte und Errungenschaften respektierende Politik zur Bewältigung der Krise und eine Ausweitung der demokratischen Beteiligungsrechte von Europäischem Parlament und Bürger/innen.

Darüber hinaus müssen Lehren aus der Krise gezogen und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erneuert und verstärkt werden. Neben den makroökonomischen Ungleichgewichten (z.B. Investitionen, Steuern, Produktivität, Inflation) müssen auch die sozialen Ungleichheiten schnellstmöglich (Arbeitslosigkeit, Armut, Bildungschancen) abgebaut und der Sozialabbau gestoppt werden.

Seit Mitte 2012 läuft ein Diskussionsprozess zur Vertiefung bzw. Vollendung der WWU. Der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, ist aufgefordert worden, mit den Präsidenten von Kommission, Eurogruppe und EZB Vorschläge zur kurz-, mittel- und langfristigen Umgestaltung der WWU vorzulegen. Dabei geht es sowohl um eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung bzw. wirtschaftspolitische Steuerung (Economic Governance) als auch darum, der WWU eine soziale Dimension zu geben.

Den Vorschlag, der WWU eine soziale Dimension zu geben, unterstützt der DGB mit Nachdruck. Grundlage dafür müssen allerdings der in der Grundrechtecharta verbindlich festgelegte Respekt und die Förderung der sozialen Grundrechte sein sowie die in den Verträgen enthaltene Verpflichtung auf sozialen Fortschritt, insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa. Die sozialen Ziele müssen verbindlich und gleichrangig mit den wirtschafts- und haushaltspolitischen Vorgaben in den bestehenden bzw. zu initiiierenden Prozessen und Instrumenten der WWU verankert werden. Dazu müssen ein konkreter Zeitplan, insbesondere auch für kurzfristige Maßnahmen, und ein Aktionsprogramm vorgelegt werden.

Auch eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der Währungsunion begrüßt der DGB grundsätzlich. Sie muss jedoch deutlich anders ausgestaltet werden als bisher. Die in den vergangenen Jahren geschaffenen Economic-Governance-Strukturen sind einseitig und engstirnig auf fiskalische Ziele und eine unsinnige Wettbewerbsfähigkeit der Staaten orientiert und tragen damit zur Verschärfung der Krise bei. Sie zielen darauf ab, eine restriktive Fiskalpolitik und beschäftigungs- und wachstumsfeindliche Strukturreformen in jedem Mitgliedstaat festzuschreiben.

Die bisherigen „Memorandums of Understanding“ im Rahmen der Finanzhilfen hat der DGB bereits abgelehnt. Damit wurden die konjunkturelle Dynamik zerstört, ein massiver Sozialabbau durchgesetzt und Arbeitnehmerrechte radikal beschnitten.

Anstelle der weiteren Verengung der WWU auf einen Wettbewerb der Nationalstaaten (wie dies im Vorschlag eines „Wettbewerbspaktes“ zum Ausdruck kommt, bei dem die Mitgliedstaaten mit der Kommission vertragliche Vereinbarungen über Strukturreformen abschließen und für die Umsetzung eine Belohnung aus einer neu zu schaffenden Fiskalkapazität erhalten) sollte eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Dienstleistungs- und Industriepolitik – zumindest in zentralen Branchen – angestrebt werden.

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Lehren aus der Krise ziehen: Der Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben!“

Aus dem neuen Nebeneinander von EU-Politik gemäß EU-Verträgen und intergouvernementalen Initiativen (wie bspw. Fiskalpakt) sowie neuen „Zwischenformen“, durch die Einschaltung der EU-Kommission oder des EuGH zur Überwachung intergouvernementaler Verträge, entsteht eine neue Unübersichtlichkeit sowohl hinsichtlich der Akteure und Ansprechpartner (27 Mitgliedstaaten, Euro-Länder, EU-Institutionen) als auch der Organe (Europäischer Rat, Euro-Gipfel etc). Das verhindert Transparenz und demokratische Kontrolle.

Für eine soziale und demokratische Politik in Europa ist unverzichtbar:

- Rechtliche Garantien der Tarifautonomie: Sicherstellung, dass Lohnfindung eine nationale Angelegenheit der Tarifparteien ist und entsprechend den nationalen Gepflogenheiten und nationalen Systemen industrieller Beziehungen erfolgt. Eine stärkere autonome Koordinierung der Tarifpolitik – durch den EGB, die Branchenverbände wie die nationalen Gewerkschaften - ist eine wichtige Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften in Europa. Eingriffe der EU-Institutionen oder der Troika in nationale Lohnfindungssysteme sind zu unterlassen.
- Die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken bedeutet für uns die Förderung der Tarifbindung, die Stärkung der Tarifautonomie, eine soziale Regulierung des Arbeitsmarktes, die Eindämmung prekärer Beschäftigung, die Austrocknung des Niedriglohnsektors und die Aushöhlung der Sozialsysteme zu verhindern. Ziel jeder Wirtschaftspolitik muss sein, „gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ sicherzustellen. Mindestlöhne sind ein wichtiges Mittel gegen Lohndumping.
- Eine Balance der wirtschaftlichen, fiskalischen und sozialen Ziele: die Economic Governance muss in ihren Institutionen und Instrumenten darauf abzielen, Wohlstand, ein hohes Beschäftigungsniveau und bessere Lebensbedingungen für die Menschen in Europa zu erreichen.
- Die EU braucht eine verbindliche Angleichung sozialer Mindeststandards nach oben sowie gemeinsame Standards für ein soziales Mindesteinkommen und eine gute Gesundheitsversorgung. Sozialpolitik ist gerade in wirtschaftlichen Krisen als automatischer Stabilisator unverzichtbar. Empfehlungen im Rahmen der nationalen Reformprogramme müssen das europäische Sozialmodell stärken und dürfen die nationalen Sozialsysteme nicht aushebeln oder unterminieren.
- Statt eines Zwangs zu restriktiver Fiskalpolitik bedarf es einer koordinierten, konjunkturgerechten, antizyklischen Fiskalpolitik. Eine Fiskalkapazität, die (im Sinne der langfristigen Vorschläge von Rompuys und der Kommission) antizyklische fiskalpolitische Reaktionen ermöglicht, ginge in die richtige Richtung, solange deren Funktionsweise nicht an einen Zwang zu solchen Strukturreformen gekoppelt ist, die auf Deregulierung und Liberalisierung der Arbeitsmärkte sowie Sozialabbau abstellen.
- Europa braucht eine effektivere Koordinierung im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht. An die Stelle von Steuerwettbewerb müssen eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer, sowie gegebenenfalls ein Mindestsatz bei der Körperschaftssteuer in Höhe des aktuellen europäischen Durchschnitts von 25 Prozent treten. Statt Steuerwettbewerb benötigt Europa einen Innovationswettbewerb.
- Die Vorschläge für ein „Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ lehnt der DGB ab, da sie vorrangig auf Ausgabenkürzung und Sozialabbau zielen. Der DGB fordert stattdessen einen europäischen Wachstums- und Beschäftigungspakt, beispielsweise in Form eines neuen Marshallplans für Europa.

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Lehren aus der Krise ziehen: Der Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben!“

- Um der wirtschaftspolitischen Steuerung eine andere Ausrichtung zu geben, müssen auch entsprechende soziale Indikatoren – etwa zur Bildungsbeteiligung, zur Einkommens- und Vermögens-Ungleichheit, zum Armutsrisiko und zur sozialen Ausgrenzung – in die wirtschaftspolitischen Bewertungsverfahren aufgenommen werden. Insbesondere müssen die Bewertungsindikatoren im Rahmen einer Scorebalance symmetrisch ausgerichtet werden.
- Demokratie darf nicht vor Unternehmen, Betrieben und Behörden haltmachen. Deshalb gilt es, wirtschaftliche und soziale Mitbestimmungsrechte für Betriebs- wie Personalräte zu schaffen sowie Information und Konsultation zu stärken und auszubauen. Auf keinen Fall dürfen bestehende Mitbestimmungsstrukturen in Frage gestellt werden.

Für die demokratische Ausgestaltung der Verfahren/Instrumente ist unverzichtbar:

- Alle neuen Verfahren/Instrumente müssen so gestaltet werden, dass die Rechte des Europäischen Parlamentes nicht eingeschränkt, sondern ausgeweitet werden. Wir brauchen eine neue Balance und eine neue Koordinierung zwischen Entscheidungsrechten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes. Die Rechte von EP und nationalen Parlamenten dürfen nicht durch Hinterzimmer-Vereinbarungen der Regierungen mit der EU-Kommission – wie dies z.B. im Zusammenhang mit dem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit überlegt wird - außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden.
- Bei den Regeln zur Economic Governance muss eine Überprüfungsklausel eingebaut werden, die eine Revision der Maßnahmen sicherstellt, sobald absehbar ist, dass sie zur Erreichung der Ziele nicht angemessen beitragen.
- Die Sozialpartner müssen umfassend in die Ausgestaltung der Instrumente und Verfahren für eine vertiefte WWU einbezogen werden, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Die Sozialpartner müssen an den Verhandlungen zu den länderspezifischen Empfehlungen zwingend beteiligt werden.
- Neue Verfahren, die zu einer stärkeren Verbindlichkeit der Nationalen Empfehlungen der EU-Kommission an die Mitgliedstaaten führen sollen, müssen im Rahmen der geltenden Verträge erfolgen, dem Ziel sozialer Kohäsion verpflichtet sein und dazu beitragen, Arbeitnehmerrechte und die demokratische Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern.
- Der bestehende Makroökonomische Dialog muss auf nationaler und europäischer Ebene intensiviert und auf technischer wie politischer Ebene verbessert werden. Die Arbeits- und Sozialminister sind daran gleichberechtigt zu beteiligen.
- Notwendige Vertragsänderungen, insbesondere zur effektiven Gewährleistung eines Sozialen Europas, müssen im Rahmen eines Konvents erarbeitet werden. Der DGB fordert seit langem, eine verbindliche soziale Fortschrittsklausel in die Verträge aufzunehmen. Darüber hinaus muss es bessere vertragliche Garantien für die Tarifautonomie geben.